

# Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien  
E-mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

Nummer 1 / März 2014

## Liebe KollegInnen und Kollegen!

Sterben für den Atomprofit geht weiter

### 3 Jahre Fukushima – und kein Ende

Am 11. März 2011 kam es in der Atomanlage des japanischen Fukushima infolge eines Erdbebens und eines Tsunamis zum bisher größten Atomunfall: zur Kernschmelze gleich in mehreren AKWs der Anlage, die bis heute andauert.



Rund um die Erde ist bei den Menschen die Ablehnung der Atomenergie durch den Mega-Super-GAU noch größer geworden. In Europa mussten Politiker wieder einmal den „Atomausstieg“ erklären, um ihn seitdem wieder zu verwässern. In Japan selbst mussten in der Folge 48 AKWs abgeschaltet werden. Jetzt sollen sie wieder ans Netz gehen, will Japans Atomkonzern Tepco und seine Regierung weiter auf Atom setzen. Damit das irgendwie geht, wird gelogen und verheimlicht, dass sich die Balken biegen. Es wird behauptet, dass man mit den „Aufräumarbeiten“ und der „Dekontaminierung“ in der Atomanlage selbst und in den

verstrahlten Sperrgebieten voran käme. Tatsächlich wird höchst radioaktiv verseuchtes Wasser tagtäglich ins Meer geleitet, weil man Kühlwasser benötigt, um die totale Kernschmelze zu verzögern.

#### **Fukushima = 158 Atombomben**

Ein Jahr nach dem Unfall gab das japanische Amt für Kernsicherheit bekannt, dass die Menge des in die Umwelt entwichenen Cäsiums der Größenordnung von 158 Atombomben gleichkommt, wie sie auf Hiroshima abgeworfen wurden. Zur selben Zeit enthüllte eine Sonde im zweiten beschädigten Reaktor, dass die radioaktive Belastung dort den zehnfachen Wert dessen erreicht, was als tödliche Dosis angenommen wird. Die Zahl an Schilddrüsenkrebs bei Kindern steigt.

Ein großes Problem ist immer noch das Entweichen von radioaktivem Wasser aus den beschädigten Tanks des Kraftwerks. Wie viel davon bereits ausfloss, ist nicht klar. Einige Berichte sprechen davon, dass es sich um bis zu 300 Tonnen täglich handeln könnte.

Ernst zu nehmende Nuklearingenieure schätzen, die radioaktive Verseuchung der Weltmeere würde aufgrund von Fukushima die zehnfache Intensität dessen erreichen wird, was alle bisherigen atomaren Verseu-

chungen schon verursacht haben. Ein internationales Expertenteam hat mit Hilfe von Computersimulationen errechnet, dass im Frühjahr 2014 die radioaktiven Stoffe aus Fukushima die Küsten der USA und Kanadas erreichen werden. (Wissenschaftler Ken Buesseler der [Woods Hole Oceanographic Institution](http://www.whoi.edu/page.do?pid=3581&tid=3582&cid=3583) WHOI).

Die USA beobachten nämlich seit Längerem ungewöhnliche Phänomene, die sich eben als Folge von radioaktiven Wellen aus Fukushima erklären. Vor einiger Zeit hat das Meer nämlich Millionen von toten Seesternen an die Küste gespült und bei vielen Fischen wurden seltsame Deformationen festgestellt. Bei Thunfischen, die an Kaliforniens Küste gefangen wurden, wurde eine erhöhte radioaktive Belastung festgestellt.

Bestätigt sind auch 71 Fälle von Krebs bei Piloten, die sich in Fukushima an Rettungsarbeiten beteiligt hatten. Für die über 70 Marinesoldaten wurde ihr humanitärer Einsatz nach dem Erdbeben von Fukushima zum Albtraum. «Die Leute von Tepco wussten, was dort los war», sagt ein Anwalt der Soldaten. Ein Fünftel der Soldaten an Bord des Schiffes „USS Ronald Reagan“ versuchten, den kontaminierten Flugzeugträger zu reinigen. Das Schiff war nach Fukushima nicht das einzige US-amerikanische Schiff vor der japanischen Küste. Insgesamt waren gut 5.000 Soldaten im Einsatz. Doch das genannte Schiff traf es besonders schwer. «Wir konnten nirgendwo hin», sagt Lindsay Cooper. Japan wollte das kontaminierte Schiff nicht in den Hafen lassen, ebenso Korea und Guam. Viele von ihnen leiden heute noch unter den Folgen der Strahlung: Probleme mit der Schilddrüse, Leukämie, gynäkologische Blutungen, Hodenkrebs, Polypen, Hirntumor und Blindheit traten bei den Soldaten auf. «Die Liste geht leider noch weiter und weiter», sagt Anwalt Paul C. Garner. Und das dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein.

Im Oktober 2013 gab die Betreiberfirma TEPCO bekannt, dass das Niveau der Verstrahlung im Kraftwerk innerhalb von drei Tagen auf den 20-fachen Wert steige und die Situation außer Kontrolle gerate. Daraufhin rief der japanische Ministerpräsident Abe die Welt um Hilfe. Es ging darum, dass im Objekt des Katastrophenreaktors neue Risse auftraten und mit dem Einsturz des Reaktors zu

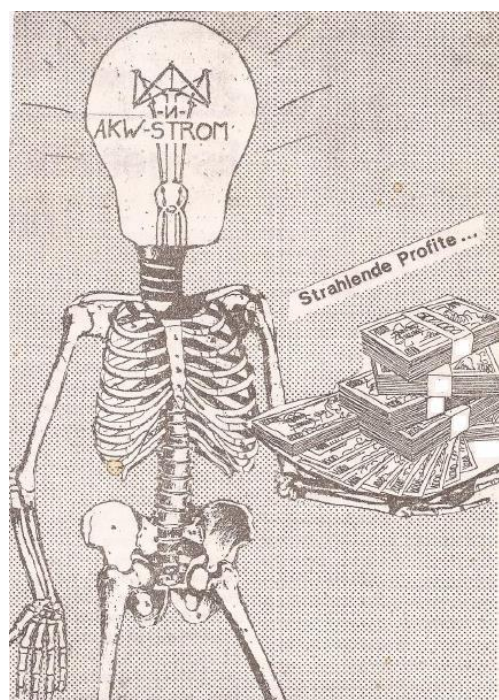
rechnen sei. In dem Bauwerk lagern 1.300 abgebrannte Brennstäbe, deren Freisetzung beim Einsturz ungeahnte Folgen haben könnte.

### **Atomstrom wieder ans Profitnetz**

Um die 48 japanischen AKWs trotz alledem wieder ans Profitnetz zu bringen, beschreitet die japanische Regierung einen absichtlich für die Betroffenen todbringenden Weg. Statt die Sperrzone auszuweiten, wird die sie reduziert und sollen wieder Bewohner in die verstrahlten Gegenden ziehen dürfen. Das soll Normalität vortäuschen, wo es keine gibt. Das alles nur, um den Profit zu sichern, um zu verhindern, dass die Menschen nicht nur aus der Region sich gegen die Atommafia zur Wehr setzen, dass im übrigen Japan das Geschäft wie üblich weitergehen und auch die internationale Atomlobby sagen kann: Seht her, das war der schwerste Atom-Unfall aller Zeiten und wir haben ihn in den Griff bekommen.

### **Tödliche Verharmlosung**

Und getreu diesem tödlichen Verharmlosungsmotto werkt die EU-Atomlobby gerade daran, im Zuge des neuen EU-Klima- und Energiezieles bis 2020 bzw. 2030 die Energie- und Klimaförderungen so zu steuern, dass in den einzelnen Mitgliedsländern die Atomförderung möglich gemacht wird – siehe gerade Großbritannien oder Polen, wo wegen der angeblichen „Erreichung der Klimaziele“ neue AKW gebaut werden sollen



**Tödliche Profitförderung**

Ohne Milliarden-Steuergelder kann die Atomindustrie nicht überleben! Daher lobbyiert sie bei der, EU, damit diese einen hohen, fixen Einspeisetarif, der ungefähr das dreifache des aktuellen auf der Börse gehandelten Strompreises ausmacht für unbeschreiblich lange 35 Jahre (!) garantiert. Dann ist französische Riesen-Stromkonzern und AKW-Bauer EDF bereit das britische AKW Hinkley Point C zu bauen und zu betreiben.

Die Atomindustrie ist seit sechs Jahrzehnten die am stärksten geförderte Industrie. Es gibt keine sichere Atomenergie, es gibt keine

Lösung für die täglich wachsenden Atom-  
müllmengen, kein sicheres Endlager auf der Welt. Sicher aber ist, dass wir dafür mit unserer Gesundheit, mit unserem Leben, mit unserem Geld dafür bezahlen sollen: Die Kosten für Dekommissionierung, Entschädigungen und Dekontamination der Gebiete auf 1 mSv/Jahr werden lt. Global 2000 aktuell auf **370 bis 465 Milliarden Euro** geschätzt. Mit diesem Geld könnten nicht nur erneuerbare Energien ausgebaut, sondern die Probleme des Hungers, der Bildung usw. auf der Welt gelöst werden.

## Mehrheit der Österreicher für ELGA ...

**... so sieht das jedenfalls die ELGA-GmbH, obwohl bei ihrer eigenen Umfrage rund 80% der Teilnehmer nicht erklären konnten, worum es bei ELGA überhaupt geht.**

Minister Stöger, der für diesen peinlichen Informationsmangel in der Bevölkerung hauptverantwortlich ist, war über dieses Umfrageergebnis hocherfreut und er wird jetzt, nachdem das Gesetz dazu im Nationalrat beschlossen worden ist, wieder mehrere Millionen Euro aus unserer Steuerzahlerhand nehmen und damit ELGA bewerben.

### Was ist ELGA?

Laut der ELGA-GmbH ist ELGA ein Informationssystem, das die vorhandenen Befunde patientenbezogen bündelt, egal wo diese in Österreich abgespeichert sind (z.B. Spitäler, Labors, Radiologen, etc). Alle Ärzte sowie Gesundheitseinrichtungen, bei denen Patienten mit der E-card

für ELGA angemeldet werden, können für vier Wochen auf ELGA zugreifen. Das heißt Facharzt-, Labor- und Radiologiebefunde der letzten zehn Jahre, eine aktuelle Medikamentenübersicht und Entlassungsbriefe von Krankenhäusern, sind abrufbar. Apotheken haben nur Zugriff auf die Medikamentenübersicht. Patientinnen und Patienten haben persönlich über Internet Zugriff auf ELGA. Sie können übers Internet Befunde aus- und einblenden, wenn sie sich eine unbefangene Zweitmeinung einholen wollen, oder überhaupt der Speicherung von Behandlungsfällen in ELGA widersprechen (z.B. Schwangerschaftsabbruch). Patientinnen und

Patienten, die sich von ELGA abgemeldet haben, dürfen aber nicht schlechter gestellt werden (z.B. bei der Kostenerstattung durch Krankenkassen).

### Abmeldung von ELGA

Am einfachsten geht das mit dem von der ARGE Daten entworfenen Formulars, das sie unter folgender Adresse vom Internet laden können.

<http://ftp.freenet.at/privacy/muster/elga-optout.pdf>

Informationen zu diesem Formular finden sie unter:

[http://www.argedaten.at/php/cms\\_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=06285ogo](http://www.argedaten.at/php/cms_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=06285ogo)

### Zweifel an der Datensicherheit

In einer am Internet orientierten Gesellschaft klingt der Vorschlag einer elektronischen Gesundheitsakte zwar ganz plausibel aber die Form des Umgangs mit sensiblen Gesundheitsdaten bringt auch zahlreiche Risiken mit sich. Der Argwohn in Bezug auf die Datensicherheit bei ELGA ist daher sehr verständlich: Der NSA-Skandal und auch der Transfer unserer Schultestdaten auf einen rumänischen Server, haben gezeigt, dass keine Daten sicher sind. "Sensible Gesundheitsdaten" werden somit zu einer Spielwiese für EDV-Experimente. Den Beweis, dass diese Daten auch kommerziell nutzbar sind, haben im Sommer 2013 zumindest 350 Ärzte (diese Zahl wurde zugegeben) geliefert, die sensible Gesundheitsdaten ihrer Patienten an die US-Pharmamarktforschungsfirma IMS Health für 432 € pro Patient und Jahr verkauft haben. Hinzu

kommen detaillierte Verkaufsdaten von Medikamenten bei allen Pharmagroßhändlern, 280 Apotheken und bis zu 150 Spitälern, die ebenfalls von IMS Health gekauft wurden. Alles, wie versichert wurde, ohne die Namen der Patienten. Da jedoch die Sammlung der Daten über eine, von IMS auf dem PC der Ärzte installierte Software auf Knopfdruck fast automatisch monatlich weitergeleitet wurde, kann an der Datensicherheit sehr gezweifelt werden. Vor allem dann, wenn im Internet auch immer wieder riesige Patientendatenmengen auftauchen, mit denen anderweitig gesammelte Daten nur abgeglichen werden müssen um sie zu missbrauchen. So wurde 2011 gemeldet, dass Daten von „600.000“ Versicherten der Tiroler Gebietskrankenkasse im Internet im „Umlauf“ seien. Diese Datentransfers würden nach Auskunft der Krankenkasse nur über gesicherte Leitungen erfolgen. Widerspruch kommt von der ARGE Datenschutz, die schon lange auf Computer-Schwachstellen im Gesundheitswesen hinweist. „Man hat oft Mühe“, sagt Hans G. Zeger, „sensible Daten nicht zu finden, man muss manchmal aktiv wegschauen.“

Es gibt also keinen funktionierenden Datenschutz. Längst hat sich neben der offiziellen, halbwegs gesicherten Informationsverarbeitung eine Art Schatten-EDV etabliert, in der inoffizielle Kopien vertraulicher Daten von einer Dienststelle zur nächsten, von einem Referenten zum nächsten wandern und dabei irgendwann in falsche Hände geraten. Es kommt schon heute dazu, dass Patienten, die nach einer Krebsbehandlung Kontrollbefunde vom Labor im Internet abfragen und dabei Angebote von Perückenherstellern bekommen (Haarausfall bei Chemotherapie) oder „Phishing-Mails“ ins Haus flattern, in denen Betrüger vorgeben Spenden einzahlen zu wollen, in Wirklichkeit aber die Bankdaten abfragen um das Bankkonto leerzuräumen.

Das heißt, zu den ohnehin schon vorhandenen Schwachstellen im Datenverkehr kommt eine ganz große dazu. Selbstverständlich wird sich nicht ein Dienstgeber oder eine Versicherung direkt ins System einloggen um Gesundheitsdaten abzufragen, aber es wird Organisationen geben, die diese Dienstleistung gegen Bezahlung unter dem Schutz ihrer Auftraggeber durchführen. So können aber durchaus sensible Daten, wie etwa die Zuckerkrankheit oder die schon Jahre zurückliegende depressive Verstimmung,

sich ganz entscheidend auf die berufliche Karriere und das Leben auswirken, ohne dass der Betroffene je etwas davon erfährt. Wenn dann, wie bei einem Spitalsaufenthalt dutzende Personen auf die Daten zugreifen können, nützt auch die Nachvollziehbarkeit des Zugriffs nichts um Missbräuche aufzuklären.

### **Keine Nachteile durch ELGA**

Dem gelehrten Österreicher sollte der Hinweis in einem Gesetz, dass man bei Widerspruch nicht schlechter gestellt werden darf, sehr zu denken geben. Offensichtlich gibt es solche Ideen zur Benachteiligung bei den Betreibern und es gibt ja auch zahlreiche Leistungen, die mehr oder weniger im Ermessen der Gesundheitseinrichtungen liegen, wie z.B. die Gewährung von Kuraufenthalten oder Rehabilitation. Die Sammlung der Daten gewinnt jedoch im Hinblick auf eine weltweit immer stärker werdende Reduktion von Sozial – und Gesundheitsleistungen für die staatlichen oder auch oft schon privaten Gesundheitseinrichtungen eine immer größer werdende Bedeutung. Sie könnten durchaus dazu herangezogen werden um unter Einbeziehung von Begleiterkrankungen und Lebensgewohnheiten bestimmte Leistungen, wie Transplantationen oder Knie- und Hüftoperationen dann eben nicht durchzuführen und einzusparen.

### **Der gläserne Mensch**

Die Sammelwut für Daten und Gewohnheiten von ganz normalen Bürgern scheint derzeit das Wichtigste für die Behörden weltweit zu sein. Das EU-finanzierte Forschungsprojekt INDECT macht dabei mit österreichischer Beteiligung den "gläsernen Menschen" immer mehr zur Realität. INDECT bedeutet soviel wie „Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Entdeckung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung.“ Dieses von der EU finanzierte Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, eine Sicherheitsarchitektur zu entwerfen, die sämtliche bestehenden Technologien wie Videoüberwachung, Websites, Vorratsdatenspeicherung, Gesichtserkennung, Telekommunikation, Diskussionsforen, Datenserver, Usenet-Gruppen, P2P-Netzwerke sowie individuelle Computersysteme - und alle vorhandenen Datenbanken wie Namen, Adressen, biometrische Daten, Internet-einträge, polizeiliche, geheimdienstliche, militärische, forensische und zivile Datenbanken,



Daten von luft- und seegestützten Plattformen und Satelliten logisch miteinander verknüpft, in Echtzeit ausgewertet und verwaltet. Aus den zusammengefassten Daten sollen dann mittels intelligenter Computeranalyse von Verhalten und Sprache kriminelle und „*abnormale*“ Aktivitäten und Bedrohungen automatisch frühzeitig erkannt und gemeldet werden. INDECT definiert abnormales Verhalten unter anderem so: „*Rennen, zu langes Sitzen an einem Ort, Treffen mit vielen Personen, Schreien, hektisch Autoschlüssel suchen.*“ Einmal vom System als verdächtig eingestuft, wird ein Gefahrenprofil erstellt, das heißt es werden umgehend weitere Daten via Gesichtserkennungssoftware, Internet (z.B. Facebook), SMS-/E-Mail- oder Telefonüberwachung und sonstige verfügbare Datenbanken eingeholt. INDECT verständigt die zuständigen Sicher-

heitskräfte zur „Sicherstellung“. Was wie „*Science Fiction*“ klingt, soll schon bald zur Realität werden – das Forschungsprogramm endet heuer und dann wird es an die Implementierung gehen. Wir Österreicher sind, wie so oft, mit der Vorratsdatenspeicherung und nun auch mit ELGA schon einen Schritt voraus bei diesem EU-Überwachungs-Puzzle.

**Das Problem bei einmal gesammelten Daten ist, dass man sie, ähnlich wie die radioaktive Strahlung, nicht sieht und spürt. Wir sind uns viel zu wenig der Gefahren bewusst und haben es verabsäumt, dieser Konzentration an Daten Einhalt zu bieten. Wir haben keine Ahnung, was die großen Datensammler mit unseren Daten machen und wann sie in Zukunft für oder gegen uns verwendet werden.**

## Ein Ball, der manches ins Rollen bringt

**Der Akademikerball ließ erkennen, in welche Richtung sich die offizielle österreichische Politik entwickelt: nach rechts.**

Kurz zur Geschichte dieser Veranstaltung: 2013/14 löste die FPÖ den "Wiener Korporationsring" (Verbindung der schlagenden, deutschnationalen Burschenschafter) als Veranstalter ab. Das Publikum hat sich aber nicht geändert, Rechte bis Rechtsextreme geben sich da ein fröhliches Stelldichein. Schutzherr dieser Veranstaltung ist die FPÖ, in deren Zentrum schon immer die schlagenden Burschenschaften einen wichtigen Rang innehatten. Und Strache hat ihre Position noch weiter gefestigt: Derzeit sitzen 15 schlagende Burschenschafter (40 Prozent) im Parlamentsklub der FPÖ und unter den Parlamentsangestellten der FPÖ finden sich zahlreiche Vertreter des rechten Rands. Immer wieder sind einige dieser Gesellen im Verdacht gegen das Wiederbetätigungsgesetz zu verstoßen oder fallen mit einschlägigen Äußerungen auf.

Die deutschnationalen Burschenschaften *sind* die moderne FPÖ. Das ist eine Tatsache. Die Hofburg als Veranstaltungsort für ihren Ball ist wichtig für sie, denn damit will Strache einerseits beweisen, dass seine Partei staatstragend ist und andererseits will er den Deutschnationalismus in Österreich wieder hoffähig machen.

Das ist schon schlimm genug. Wirklich bedenklich wird es aber erst, wenn man genauer betrachtet, wie die Regierung, vor allem die Innenministerin und die ihr untergeordnete Polizei damit umgeht.

Schon im Vorfeld hat Polizeipräsident Pürstl Maßnahmen gesetzt, die die Situation nur weiter aufheizten (Absicht?): Errichtung einer Sperrzone in der Größe Eisenstadts, das Vermummungsverbot auf ein Schalverbot ausgeweitet, die Pressefreiheit in einem Maß eingeschränkt, das einer Demokratie unwürdig ist, ...

Alles Maßnahmen, die eine Eskalation der Ereignisse sehr wahrscheinlich machen. Dennoch haben sich die 8000 (!) Demonstranten nichts zu schulden kommen lassen. Das Problem war eine Gruppe von etwa 200 Leuten, die dann für die gewalttätigen (in erster Linie Sachschäden) Vorkommnisse verantwortlich waren. Selbst Bürgermeister Häupl kritisierte den Polizeieinsatz, bei dem 2000 Polizisten diesen 200 gewaltbereiten Demonstranten nicht Herr wurden, und stellt die Frage, wie es überhaupt dazu kam, dass man diese Leute nicht daran gehindert hat, teilzunehmen.

Bei Fußballveranstaltungen ist das üblich und offensichtlich auch machbar. Es könnte der Eindruck entstehen, dass hinter diesem Versäumnis ein Kalkül steckt, vor allem wenn man in Betracht zieht, dass Herr Pürstl

Mitglied einer weit rechts stehenden Verbindung war und mit dieser nach eigenen Angaben auch noch in Kontakt steht. War die Eskalation geplant? Handelt es sich hier um einen Probegalopp der Polizei für zukünftiges Handeln? Die „Lehre“, die Pürstl daraus zieht, lässt Schlimmes ahnen: „Beim nächsten Mal wird früher eingegriffen.“

Wenn die zuständige Ministerin Mikl-Leitner der Polizei ausdrücklich dankt, erhält der Polizeichef von ihr Rückendeckung. Sie hat anscheinend auch kein Problem damit, dass „ihre“ Beamten versuchen, die Rettungsleute zur Herausgabe der Namen der Verletzten zu bringen. (Das erinnert ja wirklich an dunkle Zeiten unserer Geschichte.)

Strache steht daneben, reibt sich die Hände und hat dann auch noch die Frechheit, diese Ereignisse mit der Reichskristallnacht zu vergleichen und die Demonstranten als Linksfaschisten zu bezeichnen.

Am 25. 1. 2014, einen Tag nach dem Ball, sagte Strache in Vösendorf: „Wir sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Rote, Grüne und Schwarze wandern an den Rand.“ Und damit hat er nicht ganz Unrecht. Denn wenn diese Aktionen und Äußerungen keinen lauten Aufschrei unter den offiziellen Vertretern unserer Demokratie verursachen, dann heißt das, dass er in deren Mitte aufgenommen wurde, dass er akzeptiert wird.

Wie kann das sein?

In früheren Aussendungen haben wir immer wieder herausgearbeitet, dass es vor allem die Politik der Koalitionsregierung ist, die die Menschen in die Hände dieses rechten Populisten treibt. Faymann und Spindelegger, beide machen keine Politik, die die Leute respektiert. Im Gegenteil, sie bedienen die Konzerne und Banken mit dem Geld der Steuerzahler: Sparpaket auf Sparpaket. Der Hypo-Alpe-Adria-Skandal ist dafür ein skandalöses Beispiel. Bis zu 19 Mrd. werden plötzlich ganz einfach aus dem Ärmel geschüttelt um die Gläubiger, unter ihnen Raiffeisen, Wechselseitige und ausländische Anleger wie Bayrische Landesbank vor

Schaden zu bewahren. Schön langsam kommt der Finanzminister damit heraus, dass – trotz anderslautender Aussagen noch vor wenigen Wochen – dies weitere Einsparungen zur Folge hat. Als gelernte ÖsterreicherInnen wissen wir, aus welchen Bereichen die Regierung das Geld holt: Soziales, Gesundheit, Bildung – also bei uns Das wird den Menschen zu viel, vor allem, wenn vor den Wahlen, die erst vor kurzem stattfanden, von der SPÖ doch andere Töne zu hören waren („Die Banken müssen zur Kasse gebeten werden.“ „Keine weiteren Belastungspakete“).

Es gibt nun mehrere Reaktionsmöglichkeiten:

- Man geht nicht zur Wahl oder wählt ungültig.
- Man versucht sich, politisch zu engagieren.
- Man wählt die FPÖ, weil ja Strache gegen diese Missstände auch wettert und man seine Aussagen nicht hinterfragt.

Gerade im Zusammenhang mit der Hypo-Affäre bietet sich aber an, klar aufzuzeigen, wie die FPÖ darin verstrickt ist. Aber hier halten sich die Regierungsparteien sehr zurück. Einerseits weil sie selbst darin verstrickt sind (Finanzminister war Pröll, die SPÖ saß in der Kärntner Landesregierung). Andererseits will man einen zukünftigen Koalitionspartner nicht vergrämen. Da überzeugt auch ein Faymann mit seinem Strache-Nein nicht, wenn gleichzeitig SPÖ-Politiker aus der 2. Reihe laut über eine mögliche Zusammenarbeit mit der FPÖ nachdenken.

Und so wird Strache, ein waschechter Rechter, von denen, die behaupten gegen die Rechten zu sein, in die Mitte der Politik geradezu hereingeholt, denn es geht SPÖ und ÖVP um den Machterhalt und nicht um eine gerechte Gestaltung der Gesellschaft.

Wenn es um die Machterhaltung und Profitsicherung geht, ist den Herrschenden jeder Rechte recht. **Wehret den Anfängen!**

## Hypo-Alpe-Adria

**Die Milliarden sind noch da – man muss sie sich nur holen!**

In den letzten Wochen hat sich die Debatte um die Hypo-Alpe-Adria deutlich erhitzt. Kein Wunder, werden doch fast täglich neue

Horrorzahlen bekannt. Doch eines ist den Meldungen von Wirtschaft, Banken und Regierung praktisch gemeinsam: Nur keine Insolvenz der Bank, das würde alles noch schlimmer machen. Man bekäme gar nichts

mehr zurück usw. usf. Doch tatsächlich sind die 13 bis 19 Milliarden, die da gehandelt werden, die die Steuerzahler noch hineinzahlen sollen, nicht weg, sondern eben wo anders: bei den sogenannten Investoren. Auf der Liste der Hypo-Anleihe-Gläubiger findet sich, so das Unternehmerblatt „Die Presse“, „jedenfalls die Creme der nationalen und internationalen Banken- und Fondslandschaft.“ (Presse, 19.2.14).

Da alle Parteien in das Desaster involviert sind, schiebt jede der anderen den schwarzen Peter zu, aber zahlen sollen die arbeitenden Menschen. Da sind sie sich einig mit Banken- und Industrieland. Doch die Hypo-Alpe-Adria war nie eine sogenannte „Systembank“ die man retten musste. Sie war eine kleine Landesbank, allerdings mit Spekulationen in Südosteuropa. Der FPÖ-Deal mit der Bayerischen Landesbank kam deswegen zustande, weil die Bayern eine Bank zum Spekulieren in Südosteuropa brauchten. Deshalb zahlten sie die Milliarden für die Hypo, die sie jetzt wieder zurückhaben wollen. Die Notverstaatlichung schützt(e)

nicht nur die Interessen der Bayern Landesbank, sondern auch z.B. der Grazer Welchselseitigen und nicht in geringem Ausmaß der Raiffeisenbank. Ganz zufällig wahrscheinlich ist der Ex-Finanzminister Josef Pröll, der die Notverstaatlichung durchführte, heute Generaldirektor der Raiffeisentochter Leipnik-Lundenburger.

Die Hypo-Milliarden wollen sich die Herrschenden nicht durch eine Insolvenz bei den Investoren holen, sondern bei Einsparungen bei Bildung, Jugend, Pensionen bei den arbeitenden Menschen. **Ein Untersuchungsausschuss muss her. Unbedingt!** Aber das reicht nicht. Die Hypo-Alpe-Adria muss geordnet in die Insolvenz geschickt werden. Wenn die Hypo-Alpe-Adria schon vor Jahren in die Insolvenz geschickt worden wäre, wie das selbst die EU schon vor Jahren gefordert hat, dann wäre nichts passiert. Doch die „Lösung“ der banken- und spekulantenhörigen Regierung heißt „Bad Bank“ – schlecht für die Masse der Bevölkerung, gut für die Handvoll Großinvestoren und Großspekulanten.

## Arbeitslosigkeit 450.000

**In diesem Winter waren in Österreich fast 450.000 Menschen arbeitslos.**

Das sind um fast 40.000 Menschen mehr als vor einem Jahr und um rund zwei Drittel (!) mehr als noch vor fünf Jahren (270.000). Gleichzeitig ging die Zahl der offenen Stellen weiter zurück auf 21.763 (Quelle AMS). 21.763 Stellen für 450.000 Arbeitssuchende! Das heißt, nur jeder 20. Jobsuchende könnte überhaupt eine Arbeit finden – soviel zu Herrn Strache und Co., die ja meinen, jeder der nur wolle, würde Arbeit finden. Und was kann man dagegen tun? Noch mehr arbeiten, noch mehr Lohndrückerei, wie es Unternehmer, Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer fordern? Nein! Da gab es doch einmal die Gewerkschaftsforderung von Arbeitszeitverkürzung! Erinnert sich im ÖGB noch jemand daran? Das ist auch am Papier eine noch immer gültige ÖGB-Forderung! Statt der kalten Arbeitszeitverkürzung mit katastrophalen Einkommenskürzungen – sprich:

geringfügige oder Teilzeitjobs, Überstunden ohne Zuschlag oder überhaupt ohne Bezahlung (60 Mill. unbezahlte Mehrarbeits- und Überstunden werden pro Jahr geleistet, was den Unternehmern milliardenschwere Zusatzgewinne bringt), Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder „Mindestsicherung“: Aktive und radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist nötig. Unmöglich? So stiegen die Dividendengewinne der Unternehmen von 9,7 Milliarden Euro im Jahr 1995 auf 31 Mrd. Euro im Jahr 2012. Die Wirtschaft würde es vertragen, die arbeitenden Menschen es absolut brauchen! Was dem entgegensteht?

Der Profitgier der Unternehmer und Konzerne spielen SPÖ-, AK-, und Gewerkschaftspitzen als offizielle Vertreter der Arbeiter und Angestellten in die Hände, statt den Unternehmerbegehrlichkeiten entgegenzutreten und dazu die Menschen zu organisieren.

# Zukunftsideen:

Schon aus den bisherigen zwei Beiträgen zu einer zukünftigen Gesellschaft ergeben sich eine Menge Feststellungen und Fragen, die wir unseren Kolleginnen und Kollegen dieses Mal vorlegen möchten. Wir ersuchen auch um Antworten und Beiträge dazu!

<b>Sozial und solidarisch – eine neue Gesellschaft ist dringend vonnöten!</b>	<b>Wer sorgt sich darum?</b>
Die Gier der Reichen ist unermesslich!	Wer sorgt für Gerechtigkeit?
Den Aktionären, Konzernen und Banken werden Unmengen von unserem Geld in den Rachen geworfen!	Wer sorgt für eine andere Umverteilung?
Korruption und Egoismus sind weit verbreitet, besonders in Führungsetagen jeder Art!	Wer sorgt dafür, dass diese Machenschaften unterbunden werden?
Die Machthaber regeln alles für sich nach ihren Profitinteressen!	Wer sorgt sich um die Gesamtheit der Bevölkerung?
Wirtschaft und Lobbyisten diktieren Gesetze nach ihren Vorstellungen!	Wer sorgt für ein ausgeglichenes Gesellschaftssystem?
Steuern und Abgaben für das Gemeinwesen zahlt bis zu 90% die Masse der Bevölkerung, die Unternehmer zahlen fast nichts dazu!	Wer sorgt dafür, dass die Unternehmer entsprechend ihrem Profit Steuern zahlen und dass unsere Steuern nicht zu den Unternehmern umverteilt werden?
Bildung ist mehr denn je „besseren“ Klassen vorbehalten, der wirtschaftlichen Verwertbarkeit untergeordnet und dient eher der Anpassung an das herrschende System, als der Schaffung einer positiven Zukunft!	Wer sorgt dafür, dass Bildung allen zugute kommt?
Kinder werden oft herumgeschoben, sind dem brausenden Gewinnstrom im Wege und werden früh für den Profit ausgenützt!	Wer sorgt dafür, dass sie wieder im Mittelpunkt stehen und achtet darauf, dass es um ihr Wachstum und ihr Menschsein geht?
Jugendliche werden oft mit ihren Problemen allein gelassen und sind in der Schule und am Arbeitsplatz großem Druck ausgesetzt?	Wer sorgt dafür, dass sie ins Leben begleitet werden, einen Beitrag zur einer neuen, freien Gesellschaft leisten und eine positive Existenz aufbauen können?
Das System der Profitgesellschaft bringt viele Menschen dazu, dass sie Anderen mit Gleichgültigkeit und Konkurrenzkampf begegnen!	Wer sorgt für eine neue Solidarität und verhindert, dass Menschen an den Rand und in die Armut gedrängt werden?
Arbeitende Menschen werden schamlos ausgebeutet!	Wer sorgt für gerechte Bedingungen in den Betrieben?
Viele Einkommen reichen nicht für den Lebensunterhalt!	Wer sorgt für Verhältnisse, die eine angemessene Bezahlung garantieren?
Arbeitszeiten und die Masse der Produktion sind dem Verlangen der Aktionäre untergeordnet, verhindern ein sinnerfülltes Leben und bringen nur noch mehr Arbeit und Arbeitsdruck!	Wer sorgt für ein dem heutigen Stand der Arbeitstechnik, bzw. der durch die Wertschöpfung möglichen Arbeitszeitverkürzung entsprechendes ausgewogenes Leben zwischen Arbeitszeit und Freizeit?



In der Wirtschaft zählt nicht der Mensch, sondern das Profitwachstum!	Wer sorgt hier für eine Umkehrung der Werte?
Gemeineigentum wird privatisiert, um die Gewinne durch die Aktionäre abschöpfen zu können, Konzerne sperren Betriebe zu und bringen den Profit ins Ausland!	Wer schützt das Gemeineigentum und verhindert den Ausverkauf?
Konzerne zahlen kaum etwas für Energie, Private tragen fast alle Kosten!	Wer sorgt für Kostengerechtigkeit?
Die arbeitenden Menschen schaffen alle Werte, werden aber mit einem Bruchteil ihrer Wertschöpfung abgespeist. Die Unternehmer und Aktionäre kassieren ein Vermögen!	Wer sorgt für die Abschaffung der Umverteilung nach oben?
Ältere und jüngere Arbeitnehmer haben keinen Anteil an der Wertschöpfung. Sie werden in die Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung, Geringfügigkeit, Teilzeit abgeschoben!	Wer sorgt dafür, dass durch die vorhandene hohe Wertschöpfung Lebensmöglichkeiten für alle geschaffen werden?
Aufgrund der Lohnverhältnisse ist Altersarmut vorprogrammiert!	Wer sorgt dafür, dass Junge und Alte menschenwürdig leben können?
Alte und kranke Menschen werden oft bloß als Kostenfaktor gesehen!	Wer sorgt dafür, dass der Mensch und seine Gesundheit an erster Stelle stehen?
Klassen- und Privatmedizin sind ein Faktum!	Wer sorgt dafür, dass alle Menschen gleichermaßen an den medizinischen Fortschritten zu leistbaren Preisen teilhaben können?
Die Erzeugung von Nahrungsmitteln und von Medikamenten ist an Profit gebunden und nicht an Gesundheit und Wohlergehen!	Wer sorgt für eine an die Bedürfnisse der Menschen angepasste Erzeugung?
Von riesigen Konzernen, denen es allein um den Profit geht, werden Agrochemikalien, gentechnisch verändertes Saatgut den Ländern aufgepresst und erschweren naturgemäßes und umweltgerechtes Wirtschaften!	Wer sorgt für gesunde Verhältnisse?
Die Ausbeutung der Erde durch profitgierige Konzerne und Aktionäre auf der Suche nach noch profitabler abbaubaren Rohstoffquellen ruiniert den Planeten!	Wer sorgt für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Erde?
Der Kampf um Macht und Einflussphären der Weltmächte bringt uns Krieg und Vernichtung!	Wer sorgt für Verständigung und Frieden?
Atomkraftwerke werden noch immer als dringende energiepolitische Notwendigkeit hingestellt!	Wer sorgt dafür, dass nicht die Atomkonzerne, sondern Alternativen zum Zug kommen?
<b>Parteien, Gewerkschaften und Arbeiterkammern stehen all diesen Problemen oft tatenlos gegenüber!</b>	<b>Wir selber müssen Lösungen für eine solidarische Gesellschaft finden und die sogenannten Interessensvertretungen der Arbeitnehmer in die Pflicht nehmen!</b>

# Worum geht es in der Ukraine?

## Die Konkurrenz USA – EU im Kampf um Einflussphären erhöht die Kriegsgefahr!

Die Ukraine ist der größte Flächenstaat Europas und liegt strategisch zwischen EU bzw. NATO-Staaten und Russland. Seit dem Zerfall der Sowjetunion trachten sowohl die USA als auch die Europäische Union, von Deutschland dominiert, die Ukraine auf ihre Seite zu ziehen. Für Russland ist die Ukraine ein wichtiger Markt und ein an sein Territorium angrenzendes Land, in dem feindliche Truppen bzw. Raketen eine direkte Bedrohung darstellen. Deshalb ist ein möglicher NATO-Beitritt der Ukraine für Russland schon seit vielen Jahren eine rote Linie. Es geht in dem Konflikt nicht um das Wohl des ukrainischen Volkes, das einen Durchschnittsverdienst von 220.- Euro im Monat hat. Dem stehen eine Hand voll Oligarchen gegenüber. Weder Janukowitsch, der jedoch demokratisch gewählt war, als auch der stv. Vorsitzende der Timoschenko-Partei und Interims-Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk, der US Favorit, oder Klitschko, Favorit Deutschlands, haben das Wohl der Menschen im Auge! Das ukrainische Volk ist ein Spielball im Konkurrenzkampf der USA und der EU, in der schon heute Deutschland wirtschaftlich und politisch den Ton angibt, um Einfluss, Macht und Profite.

### USA

Den USA, die einzige Supermacht, geht es darum, ihre Vorherrschaft wirtschaftlich, politisch und militärisch auf der Welt auszubauen. Russland und auch schon länger China werden schrittweise eingekreist und vor allem auch militärisch bedroht.

Man nehme einen Atlas zu Hand und markiere die folgenden Länder: Japan, Südkorea, Pakistan, Afghanistan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Türkei, Kirgistan, Turkmenistan, Armenien, Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Moldawien, Polen Rumänien, Ungarn, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland Bulgarien. In all diesen Ländern befinden sich derzeit amerikanische Militärbasen, Radarstationen, Raketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen. Fast alle diese Länder haben eine gemeinsame Grenze mit Russland. Wäre auch der Iran

auf dieser Liste, dann wäre die Einkreisung komplett.

### Deutschland dominiert in der EU

Für die USA ist die EU mit ihren imperialen Ambitionen nicht nur wirtschaftlich sondern auch strategisch, militärisch der Konkurrent.

Vor allem Deutschland will nun entsprechend seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung in Europa zunehmend seine Einflussphären auch geopolitisch vergrößern und militärisch absichern und das gerade auch in der Ukraine!

### Lügenpropaganda

Tagtäglich werden wir mit der beispiellosen Lügenpropaganda überschüttet, dass Putin den Westen bedroht. Diese Propaganda nützt der Kriegsvorbereitung! Wir sind keine Anhänger von Putin. Aber wenn der „Westen“ von Putins Diktat und Demokratiefeindlichkeit spricht, dann müsste dieser Maßstab für die USA selbst genauso gelten, führen diese doch überall auf der Welt Kriege (z.B. Irak, Afghanistan), marschieren ein, machen auf fremden Territorien Militäreinsätze, wie zuletzt gerade in Libyen. Genauso müsste das gelten für alle Diktaturen, die von den USA bzw. der „freien Welt“ unterstützt werden, ob für Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Oman, für afrikanische Diktaturen usw. Es ist nicht Russland, das die „freie Welt“ mit neuen Kriegen bedroht sondern die Konkurrenz der Westmächte untereinander und mit Russland, die uns, um noch höherer Profite willen, in immer weitere Kriege stürzt. Es sind vor allem die USA, die im Kampf um Eurasien den Kampf um die globale Vorherrschaft führen. Wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt, das ist die Strategie, die einer der wichtigsten US-Sicherheitsberater Z. Brzezinski schon 1994 und 2006 erläutert hat und der die USA seit langem folgen. Eurasien ist der mit Abstand größte Kontinent, mit 75% der Weltbevölkerung und 3/4 der weltweit bekannten Energievorkommen. (Z. Brzezinski: The

Grand Chessboard, S. 57. Deutsch: Die einzige Weltmacht) Z. Brzezinski berät auch Obama. Er führte weiters aus, dass eine Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung zu dieser US-Außenpolitik immer „schwerer herbeizuführen sei... außer in Fällen einer wirklich massiven und von breiten Bevölkerungskreisen so empfundenen unmittelbaren Bedrohung von außen...“ (Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht).

Heute, so will man uns weismachen, gibt es diese Bedrohung: es seien die Terroristen, vor allem aus dem Islam oder überhaupt der Islam, nun Russland und zunehmend China. Ja letztlich gelten alle Staaten als eine „Bedrohung“ für die USA, für den Westen, in denen sich die Regierenden nicht freiwillig dem Diktat des Kapitals, des IWF, der Weltbank unterordnen.

### **Weltmachtstrategie der USA**

Für die USA ist das wichtigste Ziel, um Eurasien zu beherrschen, Russland langfristig zu besiegen. Es muss geschwächt werden, geht es nach den US-Strategen, soll es sogar geteilt werden. Das müsse und könne von drei "Brückenköpfen" aus geschehen:

- im Westen durch NATO- und EU-Erweiterung;
- im Osten durch einen Block aus Japan, Korea, Taiwan;
- im Süden, am Bauch Russlands, durch Eingriffe in das, was Brzezinski den "Eurasischen Balkan" nennt: Iran, Irak, Afghanistan und die kaspisch-kaukasische Region von der Ukraine bis Usbekistan. In diesem Raum gelte es für Amerika, sich die "Filetstücke" der globalen Energie-Ressourcen zu sichern.(Z. Brzezinski)

Deshalb führten die USA Krieg gegen Afghanistan und Irak und ist nun der „EU-Maidan“ (Ukraine) der vorläufige Höhepunkt einer langen Kette von reichlich subventionierten Umstürzen in Ländern Südosteuropas und der früheren SU, von Jugoslawien (1991-1999) über Georgien (2003), Ukraine (2004), Usbekistan (2005) usw. Daher haben die USA in Tschechien und Rumänien Raketenabwehrschilde installiert, deswegen ist Polen längst in der NATO und deshalb sind dort auch Patriot-Raketen und

US-Militär stationiert.

Über die Ukraine schrieb Z.Brzezinski schon 1994: „Russland ohne die Ukraine ist kein Imperium mehr“... „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr“.

### **Ukraine: Wer zieht die Fäden**

Schon 2004 bei der vom US-Milliardär Soros finanzierten „Orangen Revolution“ in der Ukraine wurde Timoschenko zur Präsidentin gemacht. Mit dubiosen Gasgeschäften und Abkommen mit Russland zu riesigem Reichtum gekommen, ist sie unter der Bevölkerung der Ukraine nicht sehr beliebt. Deshalb gewann Janukowitsch die letzten Wahlen. Wie unpopulär die Regierung Janukowitsch auch gewesen sein mag, weggeputscht wurde sie nun mit Hilfe von Faschisten, Rechten und Timoschenko-Leuten. Janukowitsch wollte sowohl mit Russland als auch mit der EU Abkommen schließen. Er weigerte sich das jüngste, gerade jetzt geschlossene EU-Abkommen zu unterzeichnen, weil dieses die Ukraine wirtschaftlich einseitig dem EU-Kapital öffnet, was den Ruin eines größeren Teils der ukrainischen Industriebetriebe mit sich bringt. Darüber hinaus sieht das Abkommen EU-Truppenstationierungen in der Ukraine vor. Janukowitsch lehnte auch dies ab, weil ihm klar war, dass Russland diese Tatsache nicht einfach hinnehmen würde und dies somit wirtschaftliche Nachteile für die Ukraine zur Folge hätte. Kurz darauf kam es zum Staatsstreich! Sowohl die USA als auch die EU unter Führung von Deutschlands SPD-Außenminister Steinmeier kooperierten, finanzierten und steuerten sogar die Rechten und Faschisten. Es begannen die von der Timoschenko-Partei und Faschisten organisierten und bewaffneten Proteste und Janukowitsch wurde weggepuscht. Der ORF machte rechtsextreme Kräfte maßgeblich für die blutige Eskalation in Kiew verantwortlich, die auch Scharfschützen auf die Straßen von Kiew geschickt haben.(ORF 20.2. 2014) Dazu sagte der estnische Außenminister in einem Telefonat mit Cathrin Ashton, dass nach seinen Informationen die Scharfschützen, die in Kiew auf Demonstranten und Polizisten geschossen haben, von den Führern der Maidan-Bewegung angeheuert wurden! (The Guardian, 5.3. 2014)

### **Ukraine: Machtkampf USA - EU**

Victoria Nuland, Abteilungsleiterin im US-Außenministerium für Europafragen, hat sich

in einem abgehörten Telefonat mit dem US-Botschafter in der Ukraine gegen eine Regierungsbeteiligung des mit viel Geld und Know-How aus Deutschland aufgepäppelten V. Klitschko ausgesprochen. (Focus 6.2. 2014) Die USA setzen auf die Timoschenko-Partei und haben nun auch deren stellvertretenden Vorsitzenden der Timoschenko-Partei als Interimspräsident installiert. Die USA seien auch nicht bereit, ihre Investitionen zugunsten Deutschlands abzuschreiben. (Nuland) Öffentlich erklärte Nuland: Wir (die USA) haben mehr als 5 Mrd. Dollar investiert“,... „in der Ukraine seit 1991...“, um „... Institutionen aufzubauen...“. In dem Telefonat wird die Konkurrenz zwischen den USA und Deutschland sichtbar! Sie liefern sich einen Wettlauf um Einfluss und Macht in der Ukraine. Opfer ist das ukrainische Volk.

Chaos, Instabilität, ja selbst bürgerkriegsähnliche Zustände in der Ukraine sind im Interesse der USA. Die USA haben jedes Interesse daran dass zwischen Russland und der Ukraine kein Frieden herrscht und keine normalen stabilen Wirtschaftsbeziehungen. Das schwächt Russland wirtschaftlich und bindet dauerhaft militärische Kräfte und es schwächt Deutschland mit seinen imperialen Plänen. Von diesem Machtkampf USA – EU, vor allem Deutschland, um die und in der Ukraine durch die diversen dortigen Stellvertreter wird dadurch abgelenkt, dass man die Übernahme der Ukraine durch Russland an die Wand malt.

### **Ukraine: Das Volk soll zahlen**

Das Erste, was die neue, durch Putsch an die Macht gekommene Ukraine-Regierung tat, war, um Finanzhilfe bei den USA, der EU und den IWF (Internat. Währungsfonds) zu betteln. Und der IWF hat gleich klar gemacht, dass das nur gehe, wenn der ukrainischen Bevölkerung entsprechende Opfer abverlangt werden. Auch der Beauftragte für Osteuropa der Bundesregierung, Gernot Erler (SPD), äußerte, dass die Ukrainer den Gürtel enger schnallen müssten. Dabei ist deren Gürtel schon sehr eng geschnallt. Erler wies auf den subventionierten Gaspreis hin und die zu hohen Löhne und Renten. Es geht um die noch weitere Absenkung des ohnehin schon niedrigen Lebensstandards ins Uferlose. Die Mindestrente, über die gut 80 Prozent der Bevölkerung nicht hinauskommen, liegt bei rund 80 Euro im Monat.

Dazu ein Kapitalmarktexperte: „Ein ganz ungeheures Potential würde sich da öffnen. Die Ukraine ist auch ein ganz großer Markt. ... Das Pro-Kopf-Einkommen ist sehr niedrig! ... Das können wir aber andererseits nutzen, das könnte zu einer Art Werkbank werden, für die Europäische Union....“ (24.02.14, Börsenbericht der ARD) Ein Land, reich an Ressourcen, noch dazu pleite und an ein geringes Lohnniveau gewöhnt — wenn wir die an die EU binden, produzieren die für uns billig mit qualifizierten Kräften unter Nutzung ihrer Bodenschätze. Und exportieren können wir dann auch vielmehr dorthin. Danke, das ist Klartext. (Quelle: akin Nr. 6/2014) Im Übrigen sind die durchschnittlichen Arbeitskosten (Bruttolöhne und Lohn-Nebenkosten) in der Ukraine mit 2,50 Euro pro Stunde unter denen Chinas (3,17 Euro), in Deutschland sind sie 35,66 Euro (Statistik des Instituts für deutsche Wirtschaft). Davon bleiben dann den Beschäftigten in der Ukraine ca. 1,25.-Euro/h, denen in Deutschland ca. 17,80.-Euro/h Brutto.

Die deutsche Industrie, die sowohl wirtschaftlich als auch militärisch größtes Interesse an der Entwicklung Deutschlands zur imperialen Großmacht hat, entwickelt daher an vorderster Stelle die EU-Strategiestudie von 2010. Darin schreibt der Autor T. Ries relativ direkt, dass die EU-Staaten im Interesse und zum Schutz der großen Kapitalgruppen und ihrer Profite auch militärisch intervenieren müssen. Ries sagt u.a. dass in der Welt zwei Gruppen herrschen: *„Die erste Gruppe sind die transnationalen Konzerne. (Das sind 0,1% der Weltbevölkerung). Die zweite Gruppe sind die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan. Sie müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden“ ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“ ... Die EU... „muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“ ...Es gilt, diese Staaten, ..., soweit wie möglich umzudrehen“...„Zu diesen Staaten zählt...wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“ (T.Ries:EU-Strategiestudie [www.iss.europa.eu/uploads/media/What\\_ambitions\\_for\\_European\\_defence\\_in\\_2020.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf))*

Deutschland tätigt in der Ukraine die zweitgrößten ausländischen Direktinvestitionen. Es geht einerseits darum, den „neoliberalen Umbau weiter zu forcieren und andererseits den westeuropäischen Konzernen ein riesiges Absatz - und Investitionsgebiet zu erschließen.

Darüber hinaus erscheint den deutschen Herrschenden die Ukraine als wesentliches Einfallstor zur Einverleibung des gesamten postsowjetischen Raums“. (J.Wagner: IMI Studie Nr.2/2014, S.2) Es geht darum: „Wo soll die östliche Grenze der EU liegen, wo die westliche Grenze des russischen Einflussgebietes“. (Sommer: Die Zeit online 25.11.13) Ein Ex-Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium weist sinngemäß darauf hin, dass Russland militärisch kaum zu verteidigen ist, wenn ein Angriff vom Territorium der Ukraine käme. Auch deshalb hat wohl Russland schon lange einen NATO Beitritt der Ukraine als rote Linie bezeichnet! Nun, mit der neuen, nicht gewählten Regierung der Ukraine, kommt es neben dem Wirtschaftsabkommen zu einem Militärabkommen mit der EU, was auch Deutschlands Position weiter stärkt! J. Wagner: S.5. IMI Studie Nr.2/2014) „...25 Jahre nach dem Ende des kalten Krieges geht es darum,...die früheren Sowjetrepubliken in seinen (= Deutschlands) Einflussbereich zu ziehen.“ (N. Blome: Der Spiegel, 50/2013)

In diesem Zusammenhang sagte EU-Außenbeauftragte C. Ashton, „dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarschaft übernehmen muss.... Die Union muss in der Lage sein als Sicherheitsgarant – mit Partnern so weit möglich, autonom wenn nötig – in ihrer Nachbarschaft entschieden zu handeln, dies schließt direkte Interventionen ein“. (Jürgen Wagner: IMI Studie Nr.2/2014, S.5) In Klartext heißt das, dass die EU nun auch ohne den USA ihre Interessen militärisch durchsetzen wollen.

### **Ukraine: Gefährliche Zündelei**

Angestiftet und bezahlt durch USA und EU, hat sich nun in der Ukraine die Timoschenko-Gruppe, Rechte und Faschistischen mit einem gewalttätigen Staatsstreich an die Regierungsmacht gepuscht, der jedes Gerede von Demokratie Lüge straft. Die Ukraine wird nun zu einem dauerhaften Krisenherd, die Region wird destabilisiert. Russland wird dadurch geschwächt, ebenso jedoch Deutschland, das sehr wohl wirtschaftlich am Handel mit Russland interessiert ist. Es macht dennoch mit, auch aus Sorge in der Region sonst den Anschluss bei den osteuropäischen Staaten zu verlieren und gerät so, mit einer chronischen Konfrontation mit Russland, erst recht in mehr Abhängigkeit von den USA!

### **Österreichs Rolle**

Statt verlängerte Werkbank und Aufmarschgebiet für USA und Deutschland zu werden, wäre für das ukrainische Volk die Neutralität gegenüber USA /EU und Russland die einzige Lösung im Interesse der Menschen, Das zu fordern hieße von unserer Regierung Verantwortung für die Region zu übernehmen. Österreich muss diese Machenschaften scharf verurteilen, statt mitzuspielen, wie es Faymann, Spindelegger, Kurz und Klug tun: Die „EU (hat) eine politische Verantwortung in dieser Region zu übernehmen.“ (spö-aktuell, 25.2.14)

**Österreich als neutrales Land darf bei den Wölfen, die um die brandgefährliche Neuaufteilung von Ländern und Regionen eifern und auch vor der Finanzierung und Zusammenarbeit mit Faschisten nicht zurückscheuen, nicht mitheulen!**

**Die Konkurrenz zwischen den USA und der EU, vor allem Deutschlands, um Einflussphären und geopolitische Herrschaft führt zu brandgefährlichen Konflikten und zu Kriegsherden.**

**Daraus, so ist zu befürchten, kann ein großer Krieg entstehen.**

Das Ukrainische Parlament, die **Werchowna Rada**, nennt die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) auch das „Parlament der Millionäre“. Die Zeitung fügt hinzu: *„Das ist ... falsch, weil in ihr nicht Millionäre, sondern Milliarden die Sagen haben, die Handvoll unermesslich reicher Oligarchen, welche die meisten Parteien beherrschen.“*

# Bosnien-Herzegovina

## EU-Truppen gegen Sozialproteste?

**In Bosnien-Herzegovina kam es im Februar in fast in allen Städten zu massiven Demonstrationen und Protesten. Die Menschen fordern „Nahrung und Jobs“.**

Der Grund: Die unsozialen Zustände sind für die Menschen nicht mehr erträglich. Die von den dort Herrschenden angewendete nationalistische Hetze, geduldet oder geschürt von der „internationalen Staatengemeinschaft“, um die Solidarisierung der arbeitenden Bevölkerung zu verhindern, funktionierte nicht mehr.

Die Menschen schlossen sich zusammen und gingen zur Tat über: Zum Schutz ihrer Lebensinteressen nahmen sie die Angelegenheiten des täglichen Lebens selbst in die Hand. In der Industriestadt Tuzla, wo 10.000 Arbeiter ihren Job verlieren sollen, von wo die Proteste ausgingen, tagen täglich Bürgerversammlungen. Sie stimmen über die Forderungen an die Behörden ab. Parteienvertreter egal welcher Farbe sind unerwünscht. „Wahlen ändern nichts, nur Aktionen wie diese, oder noch radikalere, können unsere Politiker zum Rücktritt bringen“, sagt ein Mann im TV (Kurier, 8.2.+16.2.14).

Ihr Massenprotest richtet sich gegen die dort unter der Schirmherrschaft von EU/USA/UNO und mit Militärpräsenz herrschenden nationalistischen einheimischen (kroatische, bosnische, serbische) Spitzen in Partei- und Regierung. Diese bereichern sich seit bald 20 Jahren auf Kosten der Bevölkerung mit Hilfe von nationalistischer Auspielerei der arbeitenden Menschen und in Abstimmung mit und unter Duldung der internationalen "hohen Repräsentanten", den Österreichern Petritsch und Inzko. Früher blühende Betriebe wurden privatisiert d.h. Clans oder ausländischen Investoren zugeschanzt oder zugesperrt. Die ArbeiterInnen bekommen wenig oder keinen Lohn, teilweise seit mehr als 2 Jahren (!). 500.000 Menschen der 4 Mill. Einwohner, 58% der Jugendlichen sind arbeitslos, 100.000 haben keine Pensionsregelung, während die Manager und Politiker sich gigantisch bereichern.

Die nationalistischen Parteien und ihre internationalen Schutzherrn haben große

Angst davor, dass sich die Menschen verbünden und ihre gemeinsamen sozialen Probleme entdecken, bringt es ein Organisator der Bürgerversammlungen auf den Punkt. (Presse, 8.2.14)

Am Höhepunkt der Proteste wurde auch der „Hohe Repräsentant“, der Österreicher Valentin Inzko zur Situation befragt und er sagte wortwörtlich:

*„Wir haben dort eine sehr starke österreichische Präsenz und diese Soldaten sichern nicht nur den Frieden in Bosnien-Herzegovina, sondern auch in der Region **und das ist auch interessant und wichtig für uns, für den Frieden in Österreich**“ ...  
„Vielleicht noch ein letztes Wort. Alle österreichischen Firmen sind wohl auf, auch die Österreicher ... und keine ausländische Institution hat Schaden gelitten und auch die Exporte nach Österreich sind gewaltig. Bosnien hat sogar einen Handelsbilanzüberschuss mit Österreich, also österreichische Firmen arbeiten hier und sind auch weiterhin willkommen.“ (ORF, ZIB-2, 7.2.2014). **„Wenn die Lage eskaliert, werden wir eventuell an EU-Truppen denken müssen“** (Kurier, 9.2.2014)  
(Hervorhebungen durch die Redaktion)*

Welchen Frieden schützen die EUFOR-Soldaten? Den der Unterdrücker, Ausbeuter und Nutznießer der Ungleichverteilung. Außerdem wird sichtbar wie selten, dass den „hohen Vertretern“ Firmen- vor Menschenwohl geht. Bosnien-Herzegovina ist bei den ausländischen Kapitalisten deshalb so beliebt, weil sie dort billigst produzieren lassen können, so billig und so ausbeuterisch, dass Bosnien sogar einen Handelsüberschuss mit Österreich hat. Und wenn das gefährdet ist, wird offen mit Militäreinsatz gedroht. Es sollen EU-Soldaten –Soldaten des neutralen Österreich sind dort stationiert – gegen Arbeiter aufmarschieren und schießen?!



## **Noch mehr österreichische Soldaten nach Bosnien-Herzegovina und in den Kosovo?**

Vor einem Jahr hat die österreichische Bevölkerung berechtigt mit großer Mehrheit gegen ein Berufsheer gestimmt. Seitdem werden aber trotz dieses NEIN-Volksentscheids und trotz für die arbeitenden Menschen ausgerufenen "Sparzwangs" von den Ministern Kurz und Klug in trauter Einigkeit immer mehr österreichische Soldaten zu Auslandseinsätzen in Krisen- und Kriegsgebiete geschickt: Kosovo, Bosnien-Herzegovina, Afrika.

### **Was haben wir dort zu suchen?**

Das Bundesheer ist für die Verteidigung Österreichs da, nicht für Auslandseinsätze zum Schutz von Firmen- und Konzerngewinnen. Doch genau das zeigt sich gerade jetzt in Bosnien-Herzegovina. Wenn dort die Bevölkerung über alle Nationalitäten und Regionalgrenzen hinweg gegen die von der USA/EU/NATO gestützte höchst korrupte Wirtschaft und Politik berechtigt protestiert, dann droht der dortige "Hohe Vertreter" der UNO, der Österreicher Valentin Inzko, der Bevölkerung mit dem Einsatz der EUFOR-Soldaten. Zu denen gehören schon jetzt über 200 österreichische Soldaten und dieses Kontingent soll bis zum Sommer nochmals um 130 Soldaten aufgestockt werden. Warum? Weil das auch "für die Sicherheit in Österreich" wichtig sei (???), so Herr Inzko (ORF, ZIB-2, 7.2.2014).

Bei uns „gedenkt“ man des Februars 1934, verurteilt berechtigt den von den Regierenden damals befohlenen Einsatz von Polizei und Militär gegen Arbeiter. In Bosnien-Herzegovina macht man gleichzeitig genau das, droht mit Militäreinsatz gegen die Bevöl-

kerung, die sich gegen die sozialen Missstände, Zusperrern, Ausverkauf oder gegen Nichtauszahlung von Löhnen wehrt. Das zeigt, wozu auch die EU-Militär-Auslandseinsätze unter aktiver Teilnahme Österreichs gut sein sollen: Nicht zur Friedenssicherung, wie uns eingeredet wird, sondern zur Sicherung der Gewinne von Firmen und Investoren, zur Sicherung von billigen Arbeitskräften für ausländische, auch österreichische Firmen.

Das Berufsheer-NEIN entspricht der Neutralität Österreichs. Doch die Regierung schert sich nicht darum. Die Neutralität wird zwar im Munde geführt, gleichzeitig durch österreichische Militär-Auslandseinsätze mit Füßen getreten. Daher: Respektierung des Berufsheer-NEIN-Volksentscheids - Schluss mit den Bundesheer-Auslandseinsätzen!

**Die Forderungen der Arbeitenden und Demonstrierenden in Bosnien-Herzegovina sind voll berechtigt und könnten doch, angewendet auf unsere Verhältnisse (Stichwort Hypo Alpe Adria), umgesetzt werden:**

- ✦ **Abdankung korrupter Politiker und Manager**
- ✦ **Kürzung der Politiker- und Manager-Bezüge auf das dortige Durchschnittseinkommen (420,- Euro)**
- ✦ **Rücknahme der "kriminellen Privatisierungen"**
- ✦ **Enteignung der Wirtschaftskriminellen**
- ✦ **Soziale Sicherheit für die arbeitenden Menschen, für die Bevölkerung**

## **EU – Militarismus**

Am 2. Februar schrieb die „Krone“: „Zwei neue österreichische Minister, Kurz und Klug, sind heuer bei dem traditionellen Insider-Treffen der Weltenlenker in München nicht nur aktiv...aufgetreten sondern auch mit einer neuen politischen Konzeption“. ... „Die Zeiten des Wegschauens, Duckens, Abwartens...haben sich überlebt“... „Es gilt...

Krisen schon im Keim zu ersticken...notfalls mit international koordinierten Militäreinsätzen einzudämmen“... „Es gilt sich Einzumischen“! (Österreichs neue Aktiv Politik: K. Seinitz/ Krone 2.Feb. 2014) Diese österreichische „Aktivpolitik“ ist keineswegs so neu, sie ist von unseren Regierungen schon lange vorbereitet. Die „neuen Töne“

von Kurz/Klug und Krone sind identisch mit neuen Kriegsgetöse vom „großen Bruder Deutschland“. Die Krone gehört ja zu 50% dem deutschen WAZ-Konzern!

### **Missachtung des Volksentscheids**

Vor ca. einem Jahr (Jänner 2013) hat sich die Mehrheit der Österreicher (60%!) bei einer Volksbefragung klar gegen eine Berufsarmee und für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausgesprochen, weil sie gegen Militarisation, gegen Kriegspolitik und für die Neutralität waren und sind. Dennoch fordern, entgegen der Volksbefragung, ÖVP-Außenminister Kurz und SPÖ-Verteidigungsminister Klug seit Dezember 2012 (Treffen der EU-Regierungschefs in Brüssel) und Jänner 2013 (Münchner Sicherheitskonferenz) im Gleichklang den Ausbau von Österreichs Militäreinsätzen vor allem in Afrika und schicken Kontingente von Berufssoldaten als Teil der Euro-Armee um unsere Steuergelder zu neuen Kriegsschauplätzen! Der wichtigste Teil der neuen EU-Interventionsarmee sind die battle groups, die EU-Kriegstruppen. Sie sollen zu Kriegseinsätzen im Umkreis von 5.000 km rund um die EU in der Lage sein. Das Ziel ist eine einsatzbereite Truppe von 60.000 Mann, das entspricht bei der notwendigen Rotation u. logistischer Unterstützung einer Truppenstärke von ca. 180.000 Mann. Diese Armee soll den EU-Großmächten den Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischen Einfluss in Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA ermöglichen. Unter dem Vorwand für Menschenrechte, Demokratie und gegen Terrorismus zu sein, will die EU nun verstärkt im Interesse ihrer großen Konzerne Krieg führen so wie das die USA im Irak und in Afghanistan vorexerziert haben.

### **Neutralitätsbruch**

Österreichs Herrschende wollen unter Bruch der Neutralität österreichische Soldaten in diese neuen EU-Kriege schicken! Erst hatte schon Vizekanzler Spindelegger gefordert, Soldaten nach Mali zu schicken. Unter dem Mäntelchen „Bundesheer neu“ soll trotz Volksbefragungs-NEIN Österreich in die EU/NATO-Strukturen – z.T. mit und unter deutschem Kommando (wie im Kosovo oder jetzt auch in Mali) – integriert werden. Dann forderte Kurz eine rasche Aufstockung der Auslandseinsätze des Bundesheeres. Österreich erfülle derzeit das im Regierungsprogramm vereinbarte Kontingent von 1.100

Mann im Ausland nicht. „Darum bin ich der Meinung, dass wir schnell auf diese 1.100 Mann kommen sollten.“ (Standard 4.1. 2014) Derzeit sind knapp 800 Soldaten im Auslandseinsatz. Zur gleichen Zeit sagte Klug (Standard 1.2. 2014): Mali oder die Zentralafrikanischen Republik. Ein Engagement in Afrika sei "selbstverständlich auf der Agenda". Klug hält an Auslandseinsätzen fest! Diese etwa aus Kostengründen zur Gänze einzusparen - die 800 Soldaten verursachen 44 Mio. Euro Kosten jährlich - lehnt Klug ab, habe man sich doch in der Sicherheitsstrategie auf eine aktive Teilnahme an Auslandseinsätzen verständigt.

Genau diese österreichische „Sicherheitsdoktrin“ habe die SPÖ/ÖVP Regierung schon 2011 im Ministerrat beschlossen und im Sommer 2013 mit den Stimmen der FPÖ im Parlament ratifiziert, entgegen dem Ergebnis der Volksbefragung. Diese Doktrin sieht die Teilnahme des Bundesheeres an der EU-Militärpolitik „in allen ihren Dimensionen“ vor, einschließlich Militärmissionen „von Nordafrika bis zum Kaukasus“. Diese Entwicklung ist von langer Hand geplant! Schon 2003 hieß es in einer deutschen Studie für die EU-Zukunftsszenarien: „Im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die EU nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potential und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik“.

Zuletzt hat nun auch Bundespräsident Fischer die Aufstockung der Auslandseinsätze des Heeres gefordert.

### **Deutschland diktiert!**

Wieso sind seit kurzem Österreichs Herrschende so offen und vehement für die Auslandseinsätze wobei Herr Kurz diese sogar scheinheiligerweise mit der Neutralität in einem Atemzug erwähnt!

Diese „Aktivpläne“ von Kurz/Klug/Spindelegger/Faymann/Fischer sind eine direkte Folge des neuen offen militärischen Kurses Deutschlands, der seit Spätherbst sichtbar

wird. Unsere Herrschenden sind wieder einmal die willfährigsten Handlager der Supermacht Deutschland, der viertgrößte Wirtschaftsmacht und dem drittgrößten Rüstungsexporteur der Welt. Deutschlands Herrschende, seine Konzerne, wollen endlich, entsprechend ihrer Größe auch militärisch mitwirken!

„Der deutsche Riese wacht auf“. Unter diesen und ähnlichen Titeln von Zeitungsartikeln sind seit Spätherbst 2013 immer klarer Kriegstöne aus Deutschland zu hören!

Im November 2013 legte die deutsche Bundesregierung (CDU-CSU/ SPD) ein gemeinsames Strategiepapier vor, das auf dem von 50 führenden Vertretern des außenpolitischen deutschen Establishment bis Sept. 2013 verfassten Dokuments „Neue Macht – neue Verantwortung“ fußt. Dort heißt es u.a.: „Deutschland habe als eine der Führungsmächte großes Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung“... „Militärische Gewalt dürfe auch ohne UNO-Mandat ausgeübt werden...“... „wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen...verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen;... da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden...“

### **Aufrüstung fürs Profitinteresse**

Als Vorbereitung auf das Treffen der EU-Staats- u. Regierungschefs im Dez. 2013 zum Thema: „Sicherheit und Verteidigung“ hat die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton einen Vorschlagskatalog mit einem neuen militärischen Anforderungsprofil für die EU erarbeitet.

Dieses ließt sich wie Georgs Bush „Sicherheitsdoktrin“ (2002) bzw. die EU-Strategiestudie von 2010 ([http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What\\_ambitions\\_for\\_European\\_defence\\_in\\_2020.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)) Catherine Ashton sieht überall Gefahren für die Europäische Union: Konkret benennt sie die bereits „länger existierenden“ Bedrohungen durch eine Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln,

Terrorismus, gescheiterte Staaten, regionale Konflikte und „Organisierte Kriminalität“. Hinzu kämen aber „neue Sicherheitsbedrohungen“, etwa Cyberangriffe und die Auswirkungen des Klimawandels, aber auch „zunehmende Konflikte um Energie, Wasser und andere Ressourcen.“ Dies alles erfordere, dass die Europäische Union als „Sicherheitsdienstleister“ in ihrer Nachbarschaft und bei den „Nachbarn der Nachbarn“ agieren müsse, „einschließlich durch direkte militärische Interventionen.“ Für solche ‚Nachbarschaftsinterventionen‘ gelte es, die entsprechenden militärischen Fähigkeiten auszubauen: „Was die rasche militärische Einsatzfähigkeit anbelangt, ist der Bedarf nach hochgradig leistungsfähigen und interoperablen Truppen, die kurzfristig zur Verfügung stehen, so groß wie noch nie.“ Dabei seien die EU-Kampftruppen Einheiten, innerhalb kürzester Zeit für Militärinterventionen herangezogen werden können, weiter das „militärische Flaggschiff“.

Am 19./20. Dez. 13 befassten sich dann die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel erstmals seit 2008 wieder mit dem Schwerpunkt EU-Militarisierung (unter den Schlagwörtern: „Wahrung des Weltfriedens, Sicherheit u. Verteidigung“) und vereinbarten eine weitere Aufrüstung! Die militärischen Fähigkeiten der EU sollen in vier Bereichen gestärkt werden: Drohnen, Luftraumbekämpfung, Satelliten-Kommunikation und Cyber-Abwehr. Das bedeutet wieder riesige Geschäfte für die Waffenindustrie.

### **Auch in Deutschland: Herrschende sind Kriegstreiber, die Bevölkerung ist friedliebend!**

Die EU, besonders aber Deutschland, soll eine größere Rolle in der Weltpolitik übernehmen. Weiters wurde auch eine Ausweitung der Militärpropaganda beschlossen, um für diese Politik in der Bevölkerung Stimmung zu machen. Letzteres ist gerade auch in Deutschland wichtig.

Denn die meisten Deutschen sind gegen eine Ausweitung der Bundeswehreinätze im Ausland. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov sagten 45 Prozent der Befragten, Deutschland tue hier bereits zu viel. 30 Prozent halten das derzeitige Engagement für genau richtig.“ ([ntv](http://www.n-tv.de), 31.01.14. IMI-Analyse 2014/004 – Jürgen Wagner).

Auch in der deutschen Profiarmee hält sich die Begeisterung in Kriege zu ziehen, in Grenzen.

„Die Abbrecherquote unter Freiwillig Längerdienenden steigt. 2012 waren es 24,7 Prozent, im ersten Halbjahr 2013 sind es bereits 30,4 Prozent.“ Auch unter „Altgedienten“ macht sich augenscheinlich eine deutliche Amtsmüdigkeit breit, was sich laut einer [DPA-Meldung](#) (12.01.2014) etwa daran zeige, dass sich auf 2100 Vorruhestandsstellen fast 6000 Unteroffiziere und Offiziere beworben hätten. (IMI 2014/005) Das heißt, es gibt zunehmend eine Flucht aus der Berufsarmee.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014 wurden dann die deutsche Kriegsministerin Ursula von der Leyen und der deutsche Außenminister Walter Steinmeier noch deutlicher! Sie versuchten der deutschen Bevölkerung u.a. weißzumachen, Deutschland müsse seine – angebliche – „Kultur militärischer Zurückhaltung“ – zugunsten einer offensiven (militärischen) Weltmachtspolitik aufgeben (siehe IMI-Standpunkt 2014/005).

Unmittelbar vor dem Konferenzbeginn sagte Steinmeier: „Es wird zurecht von uns erwartet, dass wir uns einmischen.... So richtig eine Politik militärischer Zurückhaltung ist, so darf sie nicht missverstanden werden als ein Prinzip des Heraushaltens.“ Deutschland sei „zu groß, um die Weltpolitik nur zu kommentieren“, so Steinmeier weiter. (Handelsblatt 30.01. 2014)

Auch der deutsche Bundespräsident Gauck setzte sich für ein militärisch starkes Deutschland ein und erklärte u.a., dass Deutschland die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt sei und er es ablehne, dass Deutschland sich klein macht und es müsse mehr für die „Sicherheit tun“.

### **Konzerne diktieren deutsche Außenpolitik**

Dieser Entwicklung geht eine längere Kooperation zwischen der deutschen Industrie und der Regierung voraus! U.a. geht es um deutsche Rohstoffstrategien, deren „Kernziele“ die deutsche Bundesregierung schon 2010 benennt: Diese Kernziele, tatsächlich eher Maßnahmen zum Erreichen des Zieles größerer Rohstoffkontrolle und Rohstoffimportunabhängigkeit, sind – unter

anderem: die „Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen“, der „Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen“ sowie der „Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern“. Und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Präsident Ulrich Grillo sagte: „Nicht nur Öl und Gas, auch die nicht energetischen Erze und Metalle sind für den Industriestandort Deutschland strategisch wichtig“. (*Bundesministerium f. Wirtschaft u. Technologie – Rohstoffstrategie der Bundesregierung u. Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung 2007: In IMI Studie Nr. 1/2014, S. 8*)

Ein Hauptinteresse der deutschen Konzerne liegt demnach zunehmend in Afrika. Und die Industrie drängt auch vehement darauf, dass Deutschland ihre Interessen wenn nötig auch militärisch durchsetzt! Deswegen „entdeckt“ auch die deutsche Bundesregierung zunehmend Afrika: Nach dem Horn von Afrika, Mali und einer Trainingsmission für Somalia könnte die Bundeswehr damit schon bald auch in der von Unruhen geplagten Zentralafrikanischen Republik eingesetzt werden. Von „Hilfseinsatz“ spricht man in diesem Fall. Kleinere Beobachter- und Beratungsmissionen hat die Bundeswehr zudem im Sudan, im Südsudan, im Kongo sowie der Westsahara übernommen. Der Kontinent wird für die deutsche Außenpolitik immer wichtiger, und zwar vor allem aus wirtschaftlichen Gründen bzw. wegen seiner reichen Bodenschätze. (Seifert: Uran, Rohstoffe, Konflikt [umweltveraendern.de](http://umweltveraendern.de) 28.Jänner 2014)

### **Die Rolle Österreichs**

Österreich soll nun, geht es nach dem Willen der Regierung samt FPÖ, auch an möglichst vielen dieser „Missionen“ u.a. in Afrika im Rahmen der EU-Kampftruppen, vor allem wohl unter deutschem Kommando, teilnehmen. In diesem Zusammenhang haben die großen EU-Staaten schon 2011 Kriterien für die Teilnahme von Staaten am sog. Kerneuropa definiert: a) die für Auslandsinterventionen einsetzbare Truppen müssen erhöht werden, b) Das Heeresbudget für diese Einsätze soll erhöht werden, c) Mitgliedsstaaten müssen die Aufrüstungsprojekte mitfinanzieren, d) es muss an allen EU-Missionen teilgenommen werden, die

eine militärische Komponente haben! Österreich Regierung hat, auch schon 2011, beschlossen, an diesem „Kerneuropa“ teilzunehmen. All das ist eine völlige Missachtung des Willens der Mehrheit der Österreicher, die bei der Volksbefragung zum Thema, Berufsarmee oder Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht, mit großer Mehrheit gegen eine Berufsarmee gestimmt haben!

All das ist ein klarer Verfassungsbruch, heißt es doch im Artikel 2 des Neutralitätsgesetzes: „Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen“.

Und unter eben diesem Bruch der Neutralität stehen seit 1. Jänner 2011 österreichische Soldaten im Rahmen der battle-groups für die EU- Krisen- und Kriegseinsätze Gewehr bei

Fuß. Dieser Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten:

Verhindern wir, dass wieder, wie schon zwei Mal im 20. Jhdt., Österreich in neue Kriege hineingezogen wird und Österreicher wieder für Großmächte marschieren.

Verhindern wir, dass für Aufrüstung und Krieg viele Millionen, ja Milliarden Euro (Eurofighter) an Steuergeldern rausgeworfen werden statt das Geld z.B. für Arbeitsplätze, leistbare Wohnungen, ausreichende Pensionen zu verwenden!

Die Finanzierung von Einsätzen von Berufsarmeen zur Sicherung der Profitinteressen der Konzerne ist ein Neutralitätsbruch und widerspricht dem Willen der Mehrheit der Österreicher. Dieser Willen muss gelten!

**Für ein neutrales Österreich – ohne Kriegsbeteiligung!**

## BUCH:

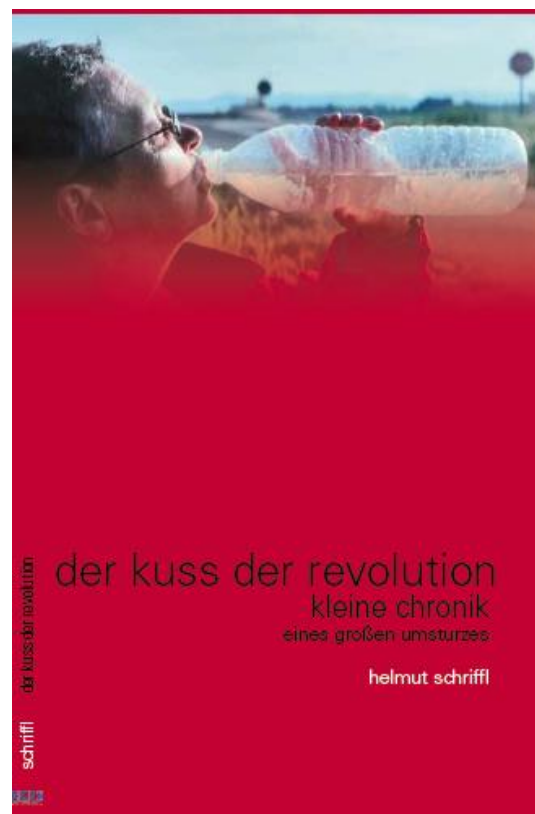
### Der Kuss der Revolution

Kleine Chronik eines großen Umsturzes  
Von Helmut Schiffl

*„Titelhelden müssen immer leiden, bevor sie ihr Ziel erreichen, bzw. ihre Aufgabe erfüllen können, die die Geschichte ihnen stellt. Das ist in allen Geschichten so, auch in der vorliegenden, einer kleinen Chronik eines großen Umsturzes“*, so der Klappentext.

**Feinfühlig und geerdet. Der Realität ins Auge schauend, die Ungestümen zu Geduld mahnend, den Zögerlichen Mut machend! Sehr Lesenswert.**

Preis € 8,- Bestellung per Brief, per E-Mail an [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) oder durch Einzahlung mit dem Zahlschein und zusätzlichen Vermerk: Buch „Kuss“.





# Gesundheit für alle

## Buchpräsentation in Wien

im Wirtschaftsmuseum  
www.wirtschaftsmuseum.at

Vogelsanggasse 36, 1050 Wien

**Mittwoch, 9. April 2014 19.00 Uhr**

**Wilfried Leisch** stellt die Grundlinien des Gesundheitswesens in Österreich dar und beschreibt die Folgen der Privatisierung und Kommerzialisierung.

**Andreas Exner** geht auf die Bedeutung sozialer Gleichheit für den Gesundheitszustand ein.

Die beiden obengenannten Vortragenden sind Teil der Initiative „Solidarisch G'sund“ und Autoren des Buches „Gesundheit für alle!“  
[www.solidarischgsund.org](http://www.solidarischgsund.org)

**Raymond Karner**, Betriebsrat, berichtet über die Situation von Leiharbeitskräften im AKH.

*Eintritt, Erfrischungen und Brötchen frei*



**Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und LeserInnen**

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Klimawandel, Atomrüstung, AKW-Bau, Militarisierung und Krieg. Wir erhalten keinerlei Zuschüsse von irgendeiner Seite. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Euren Spenden finanziert. Das garantiert unsere Unabhängigkeit.**

**Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft!**

*Mit kollegialen Grüßen, „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“*

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

**Spendenkonto:** PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000. Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom, Verwendungszweck: Gew.gg.Atomenergie.

**IBAN:** AT226000000073055305 **BIC:** OPSKATWW

**Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida,

**Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)